

alw.
3 Uhr
rag
über:
den Staaten
3 Uhr
in englischer
und Umgeb.
rüge eingeladen.
regendumsrat.

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geriichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Seele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 249

Montag, 25. Oktober 1926.

101. Jahrgang

Das Programm des Reichsinnenministers

Dr. Rülz über die Verwaltungsreform

Im Berlin, 25. Okt. Auf der Tagung der demokratischen Fraktionen berichtete Reichsinnenminister Dr. Rülz über die Arbeiten seines Ministeriums. Er wandte sich gegen jede Debatte über die Staatsreform und hielt es für wichtiger, den Staatsinhalt zu festigen. Auf dem Gebiete der Kulturpolitik müsse darauf hingearbeitet werden, daß Deutschland wieder als gleichberechtigtes Mitglied der Völker gelte. Auf dem Gebiete der Minderheitenrechte müsse Deutschland alles vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als ob wir die berechtigten kulturellen und religiösen Belange ausländischer Minderheiten nicht anerkennen wollten. Die Aufgabe des kommenden Reichsschulgesetzes könne nur die sein, die Interessen des Staates zu sichern und die Schulen von den Einflüssen fernzuhalten, die nicht hineingehören. Das Reichsschulgesetz sei im allgemeinen fertig. Als erster europäischer Staat habe Deutschland jetzt das Reichsbühnengesetz vorbereitet. Das Gesetz zum Schutze der Jugend vor Schmutz und Schund stelle tatsächlich nur eine Legalisierung schon bestehender Verhältnisse dar. Der Minister wandte sich dann dem Verbot des Potemkinfilms zu. Es sei zweifellos, daß der Film bestimmt gewesen sei, revolutionär zu wirken. Die Frage sei nur die, ob der Film zur revolutionären Wirkung geeignet sei. Dieser Gesichtspunkt sei aber verkannt worden. Es sei verkehrt, zu behaupten, daß die Prüfungsstelle reaktionären Beeinflussungen nachgegeben habe.

Die Verwaltungsreform einschließlich dem Finanzausgleich sei das zentrale Problem der Staatsentwicklung. Auf dem Gebiete des Vereins- und des politischen Rechts in den einzelnen Ländern würden oft die verschiedensten Entscheidungen gefällt. Diesem Mangel müsse durch die Schaffung eines Reichsverwaltungsgesetzes abgeholfen werden. Bisher habe auch eine Stelle gefehlt, die darüber entscheiden habe, ob ein Gesetz verfassungsändernd ist oder nicht. Diese Lücke solle durch das in Vorbereitung befindliche Gesetz zur Nachprüfung der Gesetzmäßigkeit von Verfassungsänderungen ausgefüllt werden. In Vorbereitung seien weiter das Gesetz zur Wahrung der Rechtseinheit und das Gesetz zur Sammlung und Vereinheitlichung des Reichsrechts. Von großer Bedeutung sei auch das vorliegende Reichspressengesetz, das den Zweck habe, das Personen, die auf Grund ihrer Abgeordneteneigenschaft immunität seien, nicht als verantwortliche Redakteure zeichnen könnten.

Zur Frage der Kleinfamilienvereine erklärte der Minister, diese Vereine würden nicht bekämpft werden, soweit es sich um eine Sportbewegung handle. Die Kleinfamilienbewegung habe es aber abgelehnt, auf sportliches Gebiet zu treten. Eine Lösung lasse sich dahin finden, daß man den Besitz an Waffen im Prozentsatz zur Mitgliederzahl der Vereine kontingentierte. Der Minister bezeichnete es weiter als völlig ausgeschlossen, in diesem Reichstag ein Gesetz durchzubringen, das den Artikel 48 der Verfassung ändere. Die Aufgabe des neuen Durchführungsgesetzes sei darin zu erblicken, daß der Inhalt und der Umfang der Befugnisse des Art. 48 staatsrechtlich und staatspolitisch klargestellt werden sollen. Unbedingt notwendig sei ferner die Verabschiedung des Beamten-

vertretungsgesetzes, das der Beamtenschaft eine Mitwirkung zugehe, wo ihre Verhältnisse in Mitleidenhaft gezogen seien. Vor allem gelte es aber, das allgemeine Beamtengesetz auf eine moderne Grundlage zu stellen. Die Arbeit der Reichsregierung gehe dahin, ein Beamtengesetz zu schaffen, das auch von den Ländern in seinen Grundzügen übernommen werden könne.

Auf der Tagung der demokratischen Fraktionen hatte vor dem Reichsinnenminister Reichsfinanzminister Dr. Reinhold über die Finanzlage des Reiches

berichtet. Die Prophezeiungen von einer Finanzkatastrophe hätten sich nicht bestätigt. Das Steueraufkommen im ersten Halbjahr des laufenden Jahres sei mit 127 Millionen über die Hälfte des Voranschlags hinausgegangen. Die Erträge der Zölle zeigten ein großes Plus gegenüber dem Voranschlag. Zurückgeblieben sei nur der Ertrag der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer. Sein Ziel sei, so erklärte der Minister, immer hart an der Grenze des Defizits hinzutreten. Das sei bei dem augenblicklichen Zustand Deutschlands die allein richtige Politik. Der Minister erläuterte dann im einzelnen das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Für die Arbeitsbeschaffung sollen hohe Beträge aus den Anleihen bereitgestellt werden. Der Reichswirtschaftsminister sei mit Recht vor uferlosen Kanalbauten gewarnt worden. Aber dort, wo die Bauten begonnen seien und wo wirtschaftliche Gründe für die Vollenbung sprächen, müsse geholfen werden, selbst, wenn die Rentabilität des Kanals nicht ganz sichergestellt sei. Für Landarbeiterwohnungen seien 30 Millionen eingeplant worden und für Siedlungszwecke in der Ostmark 50 Millionen. Die Lage der Reichsfinanzen lasse weitere Bereitstellungen nicht zu. Auf dem Gebiet der Zudersteuer müsse noch etwas geschehen, vielleicht auf dem Wege, daß Zuder billiger und Branntwein teurer werde. Es sei anzunehmen, daß die Staats der Länder und Gemeinden durch die Erwerbslosenfürsorge gefährdet seien. Es könne daher bei dem Finanzausgleich keine Rede davon sein, daß Ländern und Gemeinden etwas genommen werde. Es müsse zugegeben werden, daß sie mit sozialen Lasten überbürdet seien. Der Schlüssel zur Lösung der Frage liege darin, daß vom 1. April 1927 ab hoffentlich das Versicherungsgesetz für die Erwerbslosen in Kraft sein werde, durch das den Ländern und Gemeinden die Lasten wieder abgenommen werden würden. Vor dem endgültigen Finanzausgleich müsse jedoch ein Jahr lang ein Provisorium Platz greifen. Die Uebergangszeit würde dann am 1. April 1928 zu Ende sein. Bei dem endgültigen Finanzausgleich müsse das gesamte deutsche Steuerwesen organisch geregelt werden. Die Regierung werde deshalb beim endgültigen Finanzausgleich die gesamtdeutsche Belastung auf ein tragfähiges und sozial gerechtes Maß bringen. Zu erstreben sei, daß die Verwaltungsreform noch vor dem endgültigen Finanzausgleich durchgeführt werde.

Berschleppung der Thoiry-Verhandlungen

Französische Störungsmanöver.

Im Paris, 25. Okt. Die offiziellen Neußerungen zu der Unterredung zwischen Briand und Hoeseh befestigen durchweg den Eindruck, daß das französische Außenministerium von dem Willen besetzt ist, die Weiterführung der deutsch-französischen Verhandlungen nach Möglichkeit zu verschleppen. Es macht sich offensichtlich der Einfluß Poincares geltend, der auch die Frage der interalliierten Schulden und die Ratifizierung des Schuldenabkommens, die in gewissem Sinn von den finanziellen Verhandlungen mit Deutschland nicht zu trennen sind, auf die lange Bank schieben möchte, weil zurzeit die parlamentarischen Möglichkeiten außerordentlich ungünstig sind. Zum mindesten wird die französische Regierung die Absicht verfolgen, eine hinauschiebung der Verhandlungen bis Januar zu erreichen.

Diese politische Tendenz kommt am allerdeutlichsten im „Petit Parisien“ zum Ausdruck, der als der Regierung immerhin nahestehend zu betrachten ist. Das Blatt schreibt zu der Unterredung, Herr von Hoeseh habe offenbar Briand die Begeisterung geschildert, mit der die Berliner Regierung die Idee einer deutsch-französischen Annäherung aufgenommen habe, die sich auf einer frühzeitigen Rheinlandräumung aufbaue. Ohne Zweifel habe Briand, dessen verständnisvolle Politik bekannt sei, unter der Bedingung, daß die Interessen des Landes aufrecht erhalten würden, mit analogen Argumenten geantwortet. Diese Argumente könnten dahin zusammengefaßt werden: Seien wir geduldig, suchen wir nicht zu schnell vorzugehen. Wir wünschen nichts als uns zu verständigen. Wir müssen aber auf der einen wie auf der anderen Seite gleiche Vorteile finden. Suchen wir also in Ruhe die Formel für diese Einigung mit ebenso viel Geduld wie mit gutem Humor. Man vergesse in Deutschland, daß sich nicht Frankreich allein mit der Rheinlandbesetzung zu beschäftigen habe. Auch England müsse

hierbei mitemden. Aber auch abgesehen davon könne Frankreich eine derartige Abmachung nicht eingehen. Es gebe einen Faktor von moralischer Bedeutung: Frankreich könne unmöglich seine finanzielle Wiederherstellung Deutschland verdanken. Wenn es zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern kommen solle, müßten andere als finanzielle Gründe mitprechen. Stresemann habe Briand gegenüber den Wunsch ausgedrückt, das Rheinland vor der fälligen Frist zu räumen. Deshalb müsse die Regierung des Deutschen Reiches auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet entsprechende Entschädigungen für Frankreich aufbringen.

„Deuvre“ erklärt, Herr von Hoeseh habe Briand versichert, die deutsche Regierung habe den festen Willen, die Verhandlungen mit Frankreich zu einem Erfolg zu bringen. Briand habe Herrn von Hoeseh gegenüber bemerkt, daß man unter den schlechtesten Auspizien arbeite, wenn der ehemalige Kaiser seine Blicke nach Romburg v. d. Höhe sende und wenn die deutschen Blätter aus Locarno falsche Schlüsse zögen.

Der „Ezelsior“ glaubt, daß, wenn auch Frankreich die vorzeitige Räumung des Rheinlandes abgelehnt habe, und wenn hierdurch die Verhandlungen zum Stocken gekommen seien, Briand doch seine Mitarbeiter ermahnte, sich nicht entmutigen zu lassen. Man versichere in der Umgebung Briands, daß man mit Geduld zu einer Lösung kommen werde.

Im Paris, 25. Okt. Die republikanische Föderation, die in der Kammer mehr als 100 Mitglieder zählt, hatte am Sonntag in Bapaume eine Tagung veranstaltet, bei der die schärfsten Angriffe gegen die Radikalsozialisten gerichtet wurden. Der Abg. Desjardins erklärte, Frankreich werde niemals die Schuldenabkommen ratifizieren und für 62 Jahre hohe Steuern festlegen, solange Deutschland nicht seine Schulden bezahlt habe und seine Verbrechen nicht anders als nur durch Reden in Locarno und Genf wieder gutzumachen bestrebt sei.

Tages-Spiegel.

Reichsinnenminister Dr. Rülz nahm am Samstag zu den Aufgaben der Verwaltungsreform Stellung.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sprach über die finanzielle Lage des Reiches.

In Frankreich versucht man die Fortführung der Verhandlungen über die Thoiry-Politik zu verschleppen.

Die belgische Stabilisierungaktion ist mit Erfolg eingeleitet worden. Die Stabilisierungsanleihe ist gesichert.

Auf der britischen Reichskonferenz wurde der Handelsverkehr mit den Dominions behandelt.

Das englische Kriegsschiff „Valerian“ ist in einem Orkan 18 Meilen südlich von den Bermuda-Inseln gesunken.

Armenien ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden, das großen Schaden verursacht hat.

Handelsfragen des britischen Reiches

Im London, 25. Okt. Der amtliche englische Funkpruch verbreitete die Reden der Dominionvertreter, die in der Diskussion über die Steigerung des Handelsverkehrs im Rahmen der Reichskonferenz gehalten wurden. Der kanadische Ministerpräsident begrüßte das Wesen des britischen Handelsministers über die günstige Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen Mutterland und Dominionen. In den letzten vier Jahren habe sich die britische Einfuhr nach Kanada von 117 Millionen auf 163 Millionen Dollar vermehrt. Kanada begrüße jede Steigerung des britischen Zimporbes, jedoch müsse sich Großbritannien stets der Konkurrenz der anderen Staaten bewußt sein. Vor allem bemühten sich die Vereinigten Staaten, die bei ihrer Nachbarschaft zu Kanada schon einen gewissen Vorsprung gegenüber dem Mutterland hätten, die kanadischen Wirtschaftsbedürfnisse zu befriedigen. Hier könne nur eine weitere Vorzugsbehandlung Großbritanniens durch die kanadische Zollpolitik helfen. Die kanadische Einfuhr nach England habe sich in den letzten vier Jahren ebenfalls bedeutend verbessert. Der Redner begrüßte fernerhin die Arbeiten des im Vorjahr eingesetzten Reichswirtschaftsausschusses. Die Macht und das Ansehen des britischen Reiches seien besser in seiner wirtschaftlichen Lage verankert als in bewaffneten Kräften oder militärischer Macht. Die Reichsverteidigung müsse sich allein auf die Erhaltung der Handelswege im Reich konzentrieren. Hier habe die Flotte ihre Hauptrolle zu spielen.

Besondere Beachtung müsse der Bevölkerungsfrage und der Ansiedlungspolitik in den Dominionen im Sinne des sich verstärkenden Reichshandels geschenkt werden. Man dürfe nicht vergessen, daß 65 Prozent der weißen Bevölkerung des Reiches allein im Mutterland ansässig seien. Von dem wirtschaftlichen Wohlstand dieser Menschen hänge die Zukunft des Reiches ab. Von hier aus ergöffe sich immer wieder der neue Blutstrom in die britische Reichseinheit.

Der australische Ministerpräsident sollte dem Mutterland Worte der Anerkennung für seine Leistungen in und nach dem Kriege. Englands finanzielle Leistungen in der Schuldenfrage wie in der Währungsfrage seien über jedes Lob erhaben. England müsse seine Kräfte im Außenhandel stärker anspannen und besonders auch im Handelsauskauf mit Australien jede ausländische Konkurrenz zu schlagen versuchen. Australiens Handel mit den anderen Dominionen habe sich besser entwickelt, als sein Handelsverkehr mit dem Mutterlande. Die englische Wirtschaft müsse sich vor allem auf die Bedürfnisse der einzelnen Dominionen einstellen und gegenseitig müssen sich Mutterland und Dominionen in der Zollpolitik entgegenkommen.

Die irische Delegation begrüßte die wirtschaftspolitischen Beratungen der Reichskonferenz mit der Feststellung, daß die Konferenz jetzt auf dem besten Wege sei, ein Parlament der Klärung von Gedanken und Taten zu sein. Alle Teile des Reiches seien heute schon wirtschaftlich so verstrickt, daß ihr wirtschaftliches Gedeihen von einander abhängig sei. — Neufundlands Ministerpräsident betonte, daß auch sein Land Reichswaren vorziehe und daß sich eine Zollkommission schon jetzt damit befasse, die Zölle für Reichswaren zu revidieren. Nach kurzer Stellungnahme des indischen Delegierten zu der Frage, wie der Reichshandel durch die Vorzugsbehandlung der Reichswaren in den verschiedenen Ländern gehoben werden könne, schloß der britische Handelsminister diese Diskussion der Reichskonferenz.

Großarabien.

Als vor zwei Jahren Abdul Aziz Ibn Saud, der Sultan der Wahabiten, aus der arabischen Wüste nach Westen vorrückte, um die heiligen Städte Mekka und Medina zu erobern, ahnte niemand, welche ehrgeizigen Pläne in der Brust dieses kriegerischen Arabers wohnten. Heute hat er sie so weit verwirklicht, daß ihre Endziele klar zu übersehen sind und bereits das schärfste Mistwaue Englands wachgerufen haben, mit dem er sich auseinandersetzen muß, wenn er sein Werk — die Gründung eines großarabischen Reiches — vollenden will.

Die Einigung Arabiens, die Befreiung von fremdem Einfluß ist das eine Ziel des Wahabitenplans. Dieses ist zum großen Teil erreicht. Es gibt heute in Arabien nur noch zwei eingetretene Herrscher. Ibn Saud, dem außer seinem Stammreich, dem Hedschas, auch das Hedschas und Ahr gehorchen, ist der bedeutendste. Aus dem Hedschas vertrieb er Hussein, König von Englands Gnaden. Und als ihn der Emir von Ahr gegen den Zman Nbia von Yemen zu Hilfe rief, folgte er diesem Rufe — um nicht wieder aus dem verteidigten Lande abgezogen zu werden. Nur das Yemen, das Feliz Arabia der Alten, in der Südwestecke Arabiens, von einem kriegerischen Gebirgsvolk bewohnt, ist heute noch unabhängig von Ibn Saud. Der Unterwerfung dieses Landes gilt der nächste Schritt des Sultans, dann steht er an den Grenzen des britischen Schutzgebietes von Aden, und man fürchtet in London, daß er kein angenehmer Nachbar sein wird.

Was Ibn Saud mit Feuer und Schwert erobert hat, sucht er diplomatisch zu unterbauen und zu sichern. Geschickt und weitblickend strebt er die Schaffung eines ideellen und kulturellen Mittelpunktes für die mohamedanische Welt an und wird damit England, dem Beherrscher von rund 100 Millionen Mohomedanern, nicht minder gefährlich als mit der Einkreisung Adens. Zunächst schaffte er mit eiserner Hand im heiligen Lande und an den heiligen Stätten Ordnung, rottete jene Korruption und Ausbeutung aus, die von den Hütern der heiligen Orte gegenüber den Pilgerströmen betrieben wurde. Auf den Pilgerstraßen herrscht heute im allgemeinen Sicherheit. (Gegenteilige Nachrichten stammen meist aus englischer Quelle.)

Der wichtigere Schritt war aber die Einberufung einer allislamitischen Konferenz nach Mekka. Sie trat, nachdem ein enghisch-ägyptisches Konkurrenzunternehmen in Kairo gescheitert war, am 6. Juni zusammen. Die Teilnehmer waren Gäste des Sultans und wurden mit ausgewählter Höflichkeit und Gastfreundschaft aufgenommen. Anwesend waren Vertreter von Arabien, Hedschas, Java, Indien, Ahr, Palästina und Syrien. Dagegen fehlten die Türken, was bei der antikirchlichen Haltung der gegenwärtigen Macht in Angora nicht verwunderlich ist. Ferner die Perser, die der Sekte der Schiiten angehören, Ägypten, der Sudan und der Irak, alle drei unter englischer Kontrolle. Endlich vermifste man den Yemen — den letzten Gegner Ibn Sauds in Arabien.

Nach dem Vorschlag des Sultans soll dieser Kongreß alljährlich in Mekka unter dem Namen „Allislamitische Weltkongreß“ zusammentreten. Ferner schlug Ibn Saud vor, das Hedschas als das Land der heiligen Stätten solle für immer von allen mohamedanischen Staaten als neutrales Gebiet betrachtet werden. Es würde auf diese Weise eine Art islamitischer Kirchenstaat entstehen. Damit wäre eine territoriale Grundlage für die kulturelle und religiöse Konzentration des Islams gefunden, und Mekka würde aufs neue der Sammelpunkt aller Gläubigen werden. Ferner forderte er, daß alle Bewohner des Hedschas, auch die Europäer, den Landesgesetzen unterworfen sein sollten und daß keinem Nichtmohomedaner, vor allem keinem Europäer, irgend welche wirtschaftlichen Konzessionen verliehen werden dürfen. Er hat offenbar aus der „penetration qacisique“ der Franzosen und Engländer gelernt und will ihr rechtzeitig vorbeugen, indem er sich die moralische Unterstützung der Nation verschafft und die Abgeschlossenheit in religiösen Verhältnissen

auch auf die Wirtschaft ausdehnt. Endlich soll dieser islamitische Kongreß über die moralische und sittliche Hebung der Gläubigen beraten, eine Forderung, die dem Glaubenseifer Ibn Saud besonders am Herzen liegt.

Nach lebhafter, teilweise leidenschaftlicher Debatte kamen u. a. folgende Beschlüsse zustande: Alljährlich zur Zeit der Pilgerfahrten findet der „Allislamitische Weltkongreß“ in Mekka statt. Die Gebäude rings um die heiligen Stätten werden angekauft und niedergelegt. An ihre Stelle tritt ein breiter Ring von freien Plätzen und Alleen. Für die Pilger werden Krankenhäuser und Unterkunftsstätten errichtet. Vor allem soll eine Bahn von dem Hafen Dschiddah nach Mekka gebaut, die Hedschasbahn von Medina nach Mekka verlängert, endlich Medina mit seinem Hafen Yanbo verbunden werden. Das nötige Kapital soll durch eine Generalsubskription in den verschiedenen mohamedanischen Ländern aufgebracht werden. Der Ertrag dieser Eisenbahn soll zur Hälfte in die Staatskasse des Hedschas, mit anderen Worten in Ibn Sauds Tasche fließen, zur Hälfte für die Unterhaltung der Bahn benützt werden.

Man wird sich in der Bewertung dieses Kongresses nicht so sehr an die einzelnen Beschlüsse halten dürfen als an die Grundidee, dem Islam in der Stadt des Allerheiligsten einen geistigen Mittelpunkt zu schaffen, von dem aus dann die Emanzipation der mohamedanischen Welt ihren Weg nehmen soll. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Reden des Kongresses die Feststellung, daß der Islam nur deshalb schwach sei, weil er zerstückelt ist, daß er aber unüberwindlich sein werde, wenn er die Einheit aller Gläubigen errungen habe. Diese Zusammenballung moralischer und intellektueller Kräfte in Mekka bedeutet natürlich für den Beherrscher Arabiens eine gewaltige Stärkung seiner Macht und seines Ansehens. Mit kluger Berechnung ließ Ibn Saud den Gedanken an eine Wiederherstellung des Kalifats beiseite und gab der neu zu schaffenden mohamedanischen Weltorganisation eine breite Grundlage, um allen Gruppen die Teilnahme zu ermöglichen.

Mit dieser Machtfülle ausgerüstet, steht er nun vor dem Hochland von Yemen und erregt in Aden wie in London das Gefühl höchster Unsicherheit. Man rechnet fest damit, daß er eines Tages an der heute noch unkontrollierbaren und niemals festgelegten Grenze des Schutzgebietes erscheint. Nur das Yemen liegt noch dazwischen und wird zum Brennpunkt des politischen Kampfes. Der Zman Zahia von Yemen wird von beiden Seiten umwoben. Beneidenswert ist seine Lage nicht, denn Ibn Saud handelt nach dem Wort: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Zunächst scheint man sowohl auf englischer wie auf wahabitischer Seite mit diplomatischen Mitteln den Kampf zu führen. Die englischen Kenner Arabiens raten ihrer Regierung dringend, sich auf die tatsächliche Beherrschung der nächsten Umgebung von Aden und der Küste zu beschränken und mit Yemen einen Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag abzuschließen. Auf diese Weise sucht man Yemen auf die englische Seite zu ziehen und als Pufferstaat gegen Ibn Saud zu erhalten. Wäher hat sich der Zman von Yemen offensichtlich auf die Engländer gestützt, indessen sind gerade in der letzten Zeit ganz bestimmte Nachrichten aufgetaucht, daß er plötzlich und ohne Wissen der Engländer einen Freundschaftsvertrag mit Ibn Saud geschlossen habe, dessen Bestimmungen streng geheim gehalten werden. Möglich ist dieser überraschende Schritt durchaus. Nur wird er dem Zman nicht viel nützen, denn Ibn Saud wird nicht eher ruhen, als bis die grüne Wahabitenfahne über der ganzen Halbinsel weht. Nur vor Aden werden sich seine stolzen Wellen legen müssen. Denn wo immer der Weg vom Mutterland nach Indien bedroht ist, kennt England keine Kompromisse und würde nicht zögern, die ganze Fülle seiner Macht dem Angreifer entgegenzuwerfen. Eine Erschwerung der englischen Politik bedeutet Name und Werk Ibn Sauds auch deshalb, weil er Politik auf weite Sicht treibt und nicht nur den Waffen vertraut, sondern England auch mit der Idee der Befreiung und Einigung

aller mohamedanischen Völker zu treffen sucht. Nimmt man hinzu, daß an der anderen Küste des roten Meeres, in Ägypten, je länger desto fühlbarer der stille Aufbruch gegen das britische Joch wächst, dann kann man verstehen, daß Englands ganze Politik im Zeichen des Empiregedankens stehen muß.

Die Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Erwerbslosenfürsorge im Sozialen Ausschuß.

21. Berlin, 23. Okt. Der vom Sozialen Ausschuß des Reichstages eingesetzte Unterausschuß beschäftigte sich gestern nachmittag eingehend mit den Anträgen auf Umgestaltung der Vorlage über die Erwerbslosenfürsorge. Die Sozialdemokraten verlangten eine allgemeine Unterstützungserhöhung von 50 Prozent. Das Zentrum forderte eine Erhöhung der Sätze für die Ledigen um 20 Prozent und eine Erhöhung der Gesamtunterstützung um 10 Prozent, die besonders den kinderreichen Familien zugute kommen solle. Der Vertreter der demokratischen Fraktion sprach sich für eine Erhöhung der Sätze für die Ledigen aus und stimmte auch der angeregten Erhöhung der Gesamtunterstützung zu. Er bezeichnete eine Aufhebung der Unterstützungsbauergrenze, die jetzt 52 Wochen beträgt, als notwendig. Wenn das nicht durchführbar wäre, müßte die Unterstützungsdauer mindestens um 3 Monate verlängert werden. Die Vertreter des Zentrums sprachen sich weiter dahin aus, daß die Unterstützung der Ausgesteuerten weiter den Gemeinden überlassen werde, das Reich aber verpflichtet werden sollte, mindestens 80 Prozent dieser Aufwendung zu ersetzen. Von deutschnationaler Seite wurde die Einführung von Lohnklassen gefordert. Die Beratung wurde dann abgebrochen. In der nächsten Sitzung des Unterausschusses am Dienstag nachmittag soll die Regierung über die finanzielle Wirkung der einzelnen Vorschläge sich äußern.

Aus aller Welt.

Die Anklage gegen die Attentäter von Veiserae.

Die Anklage gegen die Eisenbahnattentäter von Veiserae, die sich am 8. November vor dem Schwurgericht Hildesheim zu verantworten haben werden, lautet nicht nur auf Mord und Transportgefährdung wegen der Tat am 18. und 19. August, sondern auch auf Mordversuch und versuchte Transportgefährdung wegen des mißglückten Anschlages, den Schlesinger und Willi Weber in der Nacht vom 17. auf 18. August gegen den Holland-D-Zug verübt haben. Die Attentäter haben angegeben, daß sie schon 42 Stunden, bevor ihnen der Kölner Zug zum Opfer fiel, den Schnellzug Berlin-Amsterdam zur Engeleistung hätten bringen wollen. Der Angeklagte Walter Weber ist der Beihilfe zu beiden Verbrechen angeklagt, da er von der bestimmten Absicht der Ausführung dieser Tat genaue Kenntnis gehabt hat. Den Vorsitz der Schwurgerichtsverhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Kümmerer. Mehr als 20 Zeugen sowie drei Sachverständige sind zu der Verhandlung geladen.

Das erste Fernheizwerk in Berlin.

Nach längeren Vorbereitungen beginnen die Berliner Elektrizitätswerke nunmehr auch mit der Lieferung von Wärme zu Heiz- und Gebrauchszwecken. Das erste Fernheizwerk wurde heute dem Betrieb übergeben.

Ein Wrack in den Danziger Hafen eingebracht.

Gestern wurde in den Danziger Hafen das von den Wellen stark demolierte Wrack des schwedischen Seglers „Urania“ durch den Schlepper „Danzig“ eingebracht. Der Schlepper hatte das Wrack von einem Motorantriebsfahrzeug übernommen, das es treibend ohne jede Spur von der Besatzung aufnahm und bis in die Danziger See brachte. Es ist anzunehmen, daß die Besatzung, die außer dem Kapitän vier Mann betragen haben soll, ertrunken ist. Papiere fanden sich an Bord nicht mehr vor.

Gräfin Laßbergs Entlein.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Einen Augenblick sahen sich der Arzt und die Pflegerin an, und beide wußten, daß sie derselben Meinung waren: dem Kranken seine letzte Frage wahrheitsgetreu zu beantworten. Er war fremd hier und besah niemand, der für ihn sorgen und denken konnte, und wenn es noch etwas in seinem Leben zu bestellen gab, mußte es bald geschehen — denn viel Zeit war ihm nicht mehr beschieden.

Still lag der Kranke da, nachdem er die Antwort auf seine Frage vernommen. Ihm war von beruhigender Seite das bestätigt worden, was er selbst gefühlt, daß er die Heimat nicht mehr erreichen konnte, um dort zu sterben, die Heimat, nach der ihn jetzt eine so große Sehnsucht erfüllte.

Gedämpftes Licht herrschte in dem stillen Raum. Es ging nahe auf Mitternacht. Der Arzt verließ das Zimmer, und die Pflegerin sah da, mit tiefem Mitleid den fremden Mann betrachtend, den man vor wenigen Stunden erst bewußtlos ins Haus getragen. Er war noch jung, vielleicht Mitte der Dreißig; sein bartloses Gesicht zeigte weiche edle Linien; es war von einer großen Schönheit, die der der antiken Statuen sich näherte.

Als er dann unter den sorgenden Bemühungen wieder zu sich gekommen war, hatte seine erste Frage seinem Töchterchen gegolten. Und die Zuficherung, daß dieses im Zimmer seiner Pflegerin schlummere, schien ihn beruhigt zu haben; denn er hatte nichts weiter gesagt, bis er dann seine bedeutungsvolle Frage getan.

Jetzt regte er sich wieder, und schnell sprang Schwester Ursula auf, ihm zu dienen.

„Darf ich um Feder und Papier bitten?“ fragte er. „Doch, Schwester,“ beharrte er, als sie sich weigerte, seine Bitte zu erfüllen, „ich fühle mich stark genug. Und das, was ich will, muß sein. Gilt es doch der Zukunft meines Kindes.“

Sie überlegte. Viel Schaden konnte ihm die Anstren-

gung des Schreibens nicht bringen — im Gegenteil, weil er seine Gedanken dadurch erleichterte!

Aber seine Hand zitterte so, daß er kaum zusammenhängend zuschreiben vermochte. Bittend sah er zu der Schwester hinüber. Sie verstand ihn.

„Ich möchte Ihnen wohl gern behilflich sein — wenn es nicht aufdringlich ist — und Geheimnisse —“

Behmütig lächelnd schüttelte er den Kopf. „Geheimnisse? Nein! Es braucht kein Geheimnis zu sein, daß ein verstorbener Sohn an der Schwelle des Todes die Mutter um Vergebung bittet und ihr sein Kind ans Herz legt.“

Schwester Ursula war erschüttert durch die wenigen Worte. Sie wandte sich, damit er den feuchten Schimmer in ihren Augen nicht sehen sollte, und schrieb dann, was er ihr leise unter vielen Pausen und Stodungen diktierte:

„Meine geliebte Mutter!

In meiner letzten Lebensstunde gilt mein Gedanken Dir, ist meine Bitte: Vergib mir! Das Glück, das ich mir ertrögt habe, war aber doch unausgesprochen groß, und ich habe so brennend gewünscht, daß Du Dich mit mir versöhnt hättest. Nur das eine fehlte an meiner vollkommenen Zufriedenheit! Nach sechsjähriger Ehe wurde mir meine geliebte Frau durch den Tod entzissen — und seit dieser Zeit tränkte ich. Es wurde in den letzten Monaten schlimmer — und eine Aussicht auf Besserung gibt es nicht. Nur den einen Wunsch hatte ich: in der Heimat sterben. Doch auch das soll mir nicht beschieden sein. Auf der Reise zu Dir muß ich hier halt machen — für immer, ich fühle es. Und da begehre ich nicht mehr Aufnahme bei Euch — aber für mein Kind bitte ich Dich aus tiefstem Herzen! Nimm meine Tochter freundlich auf! Sie ist mein alles, mein höchstes Gut. Sei ihr eine Mutter, habe sie lieb, wie Du mich einst geliebt hast; sie ist ja auch von Deinem Blute, ist eine Laßberg — schide sie nicht zu fremden Leuten!

Meine Yvonne ist ein gutes, lentbares Kind und leicht zu erziehen. Lasse sie gleich holen; sie ist allein in der fremden Stadt.

Mutter, vergiß das Geschehene! Ich weiß, ich appelliere nicht vergeblich an Deine Güte, und dieses Bewußtsein läßt mich ruhig sterben.“

Auf seine Bitte reichte ihm Schwester Ursula das Briefblatt. Mit zitternder Hand schrieb er einen letzten Gruß und seinen Namen darauf.

„So, Schwester, nun, bitte, noch die Adresse: Gräfin Leontine Laßberg, Schloß Burgau bei S. Sie besorgen den Brief, Schwester, wenn es an der Zeit ist.“

Dann streckte er sich lang aus und schloß die Augen. Aber in nervösem Spiel glitten die Hände auf dem Desbett hin und her. Ob er nun ruhiger werden würde, nachdem der Brief geschrieben?

Er kannte seine Mutter genau, diese stolze, harte Edel-frau, die ihm niemals — das wußte er — jenen verhängnisvollen Schritt vergeben hatte, den er getan, als er sich mit der mittellosen, bildschönen französischen Gesellschaftlerin vermählte und dadurch die geheiligten Familientraditionen brach!

Ihr Fluch war damals die einzige Gabe von ihr. Und nicht einen seiner Briefe hatte sie angenommen, nicht den, der ihr die Geburt einer Enkelin anzeigte, nicht den, der ihr die Todesnachricht von ihres Sohnes Gattin brachte. Sie wußte nichts, wollte nichts von ihm wissen — er war tot für sie!

Und jetzt mußte er seine Tochter zu der alten unver-söhnlichen Frau schicken, da er keine andere Unterkunft für sie hatte. Sein Kind — seine zärtliche, ansahmiegende, durch Liebe verwöhnte Yvonne!

Er seufzte tief und schmerzlich auf. Schwester Ursula fragte nach seinen Wünschen.

„Ich sehne mich nach meinem Töchterchen.“

„Ich will nach ihr sehen. Wenn sie aber schläft —“

„Dann stören Sie sie nicht!“

Yvonne schlief nicht. Aufrecht saß sie in ihrem Bett, mit gefalteten Händen und tränenerfüllten Augen.

Schwester Ursula trat zu ihr. „Wo ist Papa? Ich möchte zu meinem Papa!“

„Ja, das sollst du! Komm, mein Kind!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Vierundzwanzigstundenzelt.

Die Vierundzwanzigstundenzelt ist im Eisenbahnverkehr der Mehrzahl der europäischen Länder durchgeführt. Die Deutsche Reichsbahn und die Eisenbahnverwaltungen der drei skandinavischen Länder haben beschlossen, die Zählung mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplanes am 15. Mai 1927 einzuführen. Das letzte Land des europäischen Festlandes, das sich bisher noch nicht angeschlossen hatte, war Holland. Auf der Europäischen Fahrplan-Konferenz in Baden-Baden hat auch der Vertreter der Niederländischen Eisenbahnen erklärt, daß diese am 15. Mai die neue Zählung durchführen werden. Auch der englische Vertreter hat erklärt, daß er bei seiner Regierung den Antrag stellen werde, sich ebenfalls anzuschließen. Er hoffe, daß dies geschehen wird. Von einem neuen Beschlusse der Konferenz kann nach der ganzen Sachlage keine Rede sein.

Handgranaten auf d. Schienen.

Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Wahlwinkel fanden Bahnbeamte in der Nähe des Bahnübergangs Zibberick-Sandkrug drei Handgranaten auf den Schienen liegen. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Verhaftung von Aktienschwindlern.

Die Warschauer Polizei hat den Polizeiverwaltungen der europäischen Hauptstädte mitgeteilt, daß es ihr gelungen ist, eine große Fälscherbande hinter Schloß und Riegel zu bringen, die in Berlin, Paris, Sofia, Prag, Danzig und anderweitig in großen Massen gefälschte Aktien der Ural-Gold-Minen, der Lena Goldfeld Limited und Aktien von Valuer Petroleumwerken absetzte. Ein Krakauer Kaufmann, der 200 Bahn-Aktien in Warschau kaufte, die dann von einer Pariser Bank als gefälscht erkannt wurden, hat auf die Spur der Fälscher geführt. Die Polizei veranlaßte ihn, eine Zusammenkunft mit den Verkäufern der Aktien zu vereinbaren unter dem Vorwand, daß man die Angelegenheit ohne Mitteilung an die Polizei gütlich regeln wolle. Bei dem Stellbischen, auf das die Fälscher hineinkifeln, wurden drei der Haupttäter verhaftet, darunter ein gewisser Rubin, der in Berlin als Emil Sommer aufgetreten war. Kurz darauf gelang es auch, die übrigen fünf Mitglieder der Bande festzunehmen. Gleichzeitig wurden die Inhaber der Warschauer Druckerei „Merkur“ verhaftet, in der auf tschechischem Papier die falschen Aktien gedruckt wurden. Nach den bisherigen Ermittlungen sind von den Lena- und Bahn-Aktien gewaltige Mengen im Werte von über 20 Millionen Zloty gedruckt worden.

Eisenbahnunglück bei Bellinzona.

Auf der Strecke Luzern-Bellinzona ist der letzte Wagen eines Personenzuges entgleist. 2 Personen wurden getötet und eine verletzt.

Ein Eisenbahnunglück in Frankreich.

Infolge falscher Weichenstellung fuhr im Bahnhof von Aufnahme der Kölner Schnellzug auf den Brüsseler Schnellzug auf. Der letzte Wagen des Brüsseler Schnellzuges wurde vollkommen zertrümmert und 20 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Ein englisches Wasserflugzeug gesunken.

Wie aus Malta berichtet wird, ist ein englisches, mit 4 Offizieren bemanntes Wasserflugzeug nicht nach seiner Basis in Malta zurückgekehrt. Man veranstaltete eine Suche nach dem Flugzeug und fand das Wrack in der See treibend auf. Von den Insassen war keine Spur mehr zu finden.

Neue Erdbeben an der kalifornischen Küste.

Drei heftige Erdstöße schlugen neuerlich die Bewohner der kalifornischen Küste in Schrecken. Der Schaden war jedoch gering. Das Zentrum des Erdbebens befindet sich zwischen San Francisco und Monterey. In San Francisco zerbrach eine sehr große Anzahl Fensterheben. Die Bevölkerung verließ panikartig die Häuser, um die Parks aufzusuchen. Die hohen Gebäude bewegten sich hin und her. Außerdem werden Erdstöße in Oakland und in San Jose gemeldet. 250 Meilen von San Francisco entfernt wurden Erdstöße verspürt. Die Panik legte sich, als festgestellt wurde, daß Unglücksfälle nirgends zu verzeichnen waren.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 25. Oktober 1926.

Dienstnachricht.

Die Reichsbahndirektion hat den technischen Eisenbahninspektor Breiting bei der Bauinspektion Calw an die Eisenbahntelegrapheninspektion Stuttgart-Cannstatt versetzt.

Änderung des Ortsnamens Liebenzell.

Der Beschluß des Gemeinderats Liebenzell vom 31. August 1926, den Ortsnamen Liebenzell in „Bad Liebenzell“ umzuändern, ist von dem Ministerium des Innern genehmigt worden.

Von der Landw. Winterschule Calw.

Zum Besuch der hiesigen Landwirtschaftlichen Winterschule wurden 33 Schüler angemeldet und zwar für den unteren Kurs 22 und für den oberen Kurs 11 Schüler. Von den Schülern stammen aus dem Oberamtsbezirk Calw 24, aus dem Bezirk Neuenbürg 2, aus dem Oberamt Nagold 4, aus den Oberämtern Freudenstadt, Gaildorf und Stuttgart auf je 1. Mit Rücksicht auf die verspätete Saatzeit wird die Schule wie alle landw. Schulen des Landes am 8. November eröffnet.

Von der Württ. Landwirtschaftskammer.

Der Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer hielt am 18. Oktober eine Sitzung in Stuttgart ab. Die wiederholten Klagen seitens der Landwirte und auch der Stuttgarter Metzgerschaft über die zu niedere Preisnotierung am Stuttgarter Schlachtviehmarkt gaben Veranlassung, diese Frage erneut zu beraten. Nach Bekanntgabe der Erfahrungen, die mit dem Schlachtviehverfahren an den größeren Schlachtviehmärkten in Preußen, Bayern und Sachsen gemacht worden sind, und eingehenden Erörterungen hat der Vorstand beschlossen, das Württ. Ernährungsministe-

rium zu ersuchen, zum Zweck der Feststellung der Preise in ähnlicher Weise, wie dies für die übrigen größeren Schlachtviehmärkte in Deutschland eingeführt ist, den Schlachtviehmarkt für den Stuttgarter Schlachtviehmarkt vorzuschreiben. — Zu der Nachricht in den Tageszeitungen, daß am 11. Oktober zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen und dem Verband württ. Milchbedarfsvereine Verhandlungen über die Herabsetzung des Milchpreises stattgefunden haben und der Erzeugerpreis für Frischmilch frei Empfangsstation ab 16. Oktober d. J. um 1,5 pro Liter auf 21,5 herabgesetzt worden sei, wird erklärt, daß zu diesen Verhandlungen weder die Württ. Landwirtschaftskammer noch der Verband landw. Genossenschaften geladen war und an denselben auch nicht teilgenommen haben. Es sei übrigens unverständlich, wie man im jetzigen Zeitpunkt des Uebergangs von der Weide- bzw. Grünfütterung zur Trockenfütterung und des damit verbundenen geringeren Milchansfalls, einen Milchpreisabschlag vornehmen könne. Die Kemptener Butter- und Käsebörse habe diesem bevorstehenden Milchrückgang dadurch Rechnung getragen, daß sie auf Grund des Milchpreisschwüfells den Wertmilchpreis von 16,0 auf 18,3 pro Liter heraufgesetzt hat. Ferner haben die Milchhändler im Börsengebiet von sich aus diesen Milchpreis zum Teil noch um 1—2,2 erhöht. Zu welchem Ergebnis das umgekehrte Verfahren der Württ. Bedarfsvereine führen müsse, werde sich zeigen. Der Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer verlangt, daß über solche einschneidende Maßnahmen künftig sämtliche Spitzenorganisationen der Württ. Landwirtschaft und nicht bloß ein kleiner Kreis von Interessenten nach eingehender Beratung Beschluß faßt.

Nichtlinien für Baudarlehen der Wohnungskreditanstalt.

Die Württ. Wohnungskreditanstalt hat Richtlinien für die Gewährung ihrer Baudarlehen aufgestellt. Wesentlich sind insbesondere folgende Bestimmungen: Baudarlehen werden an Gemeinden oder Gemeindeverbände, gemeinnützige Bauvereinigungen und an private Bauherren gewährt. Dabei sind namentlich die Orte, in denen Wohnungsnot herrscht, zu berücksichtigen. Gemeinnützige Bauvereinigungen erhalten Baudarlehen nur, wenn ihr dauernder Bestand und ihre Leistungsfähigkeit gesichert ist. Private Bauherren, die für den eigenen Wohnbedarf bauen, erhalten Baudarlehen nur, wenn sie infolge bestehender Wohnungsnot wohnungslos sind und für eine Familienwohnung vorgemerkt sind oder wenn sie durch Errichtung der neuen Wohnung ihre bisherige für den allgemeinen Wohnungsmarkt freimachen. Die Ersteller von Mietwohnungen erhalten Baudarlehen bloß dann, wenn sie sich verpflichten, die Wohnungen an solche Personen zu vergeben, bei denen eine dieser beiden Voraussetzungen zutrifft. Handelt es sich um auswärtige Personen, so muß ihr Bezug vom Standpunkt des Wohnungs- und Arbeitsmarktes als berechtigt angesehen werden können. Bei der Gewährung der Baudarlehen werden Schwertriebsgeschädigte, kinderreiche Familien und Vertriebene bevorzugt berücksichtigt. Baudarlehen werden nur zur Errichtung von Klein- und Mittelstandswohnungen gewährt. Die zu bewilligenden Bauvorhaben dürfen die notwendigen Anforderungen hinsichtlich Größe, Raumzahl und Ausstattung der Wohnungen nicht überschreiten und sollen gleichzeitig den Anforderungen entsprechen, die an gesunde, zweckmäßig eingeteilte und gut gebaute Dauerwohnungen zu stellen sind. Bevorzugt beliehen werden Bauvorhaben, die in möglichst sparsamer und wirtschaftlicher Bauweise nach anerkannten Typen errichtet und mit normierten Bauteilen durchgeführt werden, ferner zusammenhängende Siedlungen von Ein- und Zweifamilienhäusern mit Gartenland, besonders, wenn sie der Ansässigmachung auf dem Land oder der Umsiedlung von der Stadt auf das Land dienen oder als Reichsheimstätten ausgegeben werden. Baudarlehen werden nicht gegeben für Befehlsbauten, Notwohnungen und Werkwohnungen. Die Höhe des Baudarlehens wird nach den Umständen des einzelnen Falles, insbesondere der Leistungsfähigkeit des Bauherren, der Größe und Beschaffenheit der Wohnung und der Dringlichkeit des Wohnungsbedarfs bemessen. Der Höchstfuß des Darlehens ist z. Bt. 5000 M., keinesfalls darf er 2 Drittel der Baukosten (einschließlich Grunderwerbskosten) überschreiten. Die Baudarlehen sind über die Bauzeit bis zum Bezug des fertiggestellten Hauses mit 7 und von da an mit 5 Prozent für das Jahr zu verzinsen. Der Zinsfuß kann in Fällen nachgewiesener besonderer Bedürftigkeit momentlich bei Schwertriebsgeschädigten, kinderreichen Familien und Vertriebenen bis zu 3 Prozent für das Jahr ermäßigt werden. Für Mietwohnungen, die durch Gemeinden und Gemeindeverbände oder gemeinnützige Bauvereinigungen errichtet werden und in deren Eigentum verbleiben, beträgt der Zinsfuß vom Tag des Bezugs des fertiggestellten Hauses an 4 Prozent jährlich. Der Bauherr hat den Nachweis zu erbringen, daß das Geld für mindestens 1 Fünftel der gesamten Baukosten aus eigenen Mitteln beschafft und die Ausföhrung der weiteren auch durch das Baudarlehen der Wohnungskreditanstalt nicht gedeckten Mittel einwandfrei gesichert ist. Angeführt wird noch, daß die Bekanntgabe des Zeitpunktes, auf den die Anträge für das Baujahr 1927 einzureichen sind, demnächst zu erwarten ist.

Zitherkonzert.

Der Zitherkonzert Calw sowie die Vereinigung der Zitherspieler Calw-Liebenzell hatten auf letzten Samstag Freunde des heute wieder mehr zu Ehren kommenden Zitherspieler in die Brauerei Dreiß zu einem Familienabend eingeladen. Die wirklich gut zusammengestellte Vortragsfolge wickelte sich unter Leitung unserer einheimischen Zitherlehrerin Fräulein Meißnerhelder vor einem zahlreich erschienenen Publikum ab; jede einzelne Darbietung wurde mit großem Beifall aufgenommen. Höhepunkte des Abends bildeten ein in zarter Anmut zu Gehör gebrachtes Duett „Abendgesang am See“ (Herr Bauer-Calw Violine und Herr Boller-Liebenzell Zither) und ein von Herrn Boller vorgetragenes Zithersolo, das einen feierlich-stillen Eindruck hinterließ. Sehr gut gelang auch die immer gern gehörte „Post im Walde“ von H. Schäfer, deren Wiedergabe eine gewisse Technik der Ausföhrungen voraussetzt. Die kurzen Pausen wurden durch gemeinschaftlich gesungene Lieder ausgefüllt. In schwäbischer Mundart trug E. Sedelmaier das drollige Gedichtchen „Wenn ich der König

wär“, Helene Widmann „Des Hofbauern Herbstgesang“ in schmucker Bauernjungentracht, vor, was Heiterkeit in den Saal brachte. Der züchtige Lehrerin Fräulein Meißnerhelder wurde von einem Mädchen als äußeres Zeichen der Dankbarkeit ein prächtiger Blumenkorb übergeben. Diese wohlgeklungene Veranstaltung der vereinigten Zitherspieler hat erneut gezeigt, daß die Zither für die Familie ein vorzügliches Unterhaltungsinstrument ist, das Feiern im engeren Kreise eine besondere Note verleiht.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Bei westlichem Tiefdruck ist für Dienstag und Mittwoch Fortsetzung des nachkalten Wetters zu erwarten.

*

Bad Teinach, 25. Okt. Zwischen der Gemeinde und der Mineralbrunnen-AG. schwob seit längerer Zeit ein Streitfall darüber, wer die Straßenstraße zwischen Kurhaus und der sogenannten „Teufelsbrücke“ zu unterhalten habe. Früher trug der Staat diese Last. Von 1864 an, wo das Bad in Privatbesitz überging, fielen jegliche Anhaltspunkte über die Unterhaltspflicht. Nur soviel stand fest, daß der jeweilige Besitzer der Mineralquellen die umstrittene Straße bisher herkömmlicherweise unterhielt. Da die Straße augenblicklich sich in sehr schlechtem Zustand befindet, die neue Besitzerin der Mineralquellen, die Mineralbrunnen Teinach-Neubertingen AG., die Instandhaltung aber ablehnte, mußte versucht werden, auf verwaltungsgerichtlichem Wege eine Entscheidung herbeizuführen. Rechtsvertreter der Gemeinde war Rechtsanwalt Dr. Katter, Stuttgart. Als erste Instanz sprach das Oberamt die Unterhaltspflicht der AG. zu. Da diese das oberamtliche Urteil nicht anerkannte, fanden am letzten Donnerstag unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Kupp, Stuttgart, dem Vertreter des Verwaltungsgerichtshofes, weitere Verhandlungen auf dem hiesigen Rathaus statt. Zugegen waren die Herren Oberamtmann Rippmann, Oberamtsgeometer Charrier, Straßenbauingenieur Glagle, die Rechtsanwälte beider Parteien, Direktor der Mineralbrunnen-AG. Nuber und Vertreter der Gemeindeverwaltung. Die Verhandlungen führten zu einem gütlichen Vergleich. Obwohl das Gütglein der Wage sich entschieden auf Seite der Gemeinde neigte, nahm die Gemeindeverwaltung, um auch fernerhin ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Mineralbrunnen-AG. zu ermöglichen, das Angebot der AG., eine einmalige Abschlagszahlung von 7000 M. an. Die Gemeinde übernimmt dafür die dauernde Unterhaltung der fraglichen Straßenstraße. Die Gerichtskosten tragen die beiden Parteien je zur Hälfte.

SB Bötlingen, 24. Okt. Die Zuckerrübenenernte im Gau ist jetzt beinahe beendet, aber die Landwirte sind wenig befriedigt. Die Rüben sind recht klein ausgefallen, sodaß der Ertrag viel geringer ist als in anderen Jahren. Hier fand eine Versammlung von Vertretern der Zuckerrübenenerntgemeinden statt, die eine Entschließung annahm, in der gegen den Abzug zu hoher Schmutzprozentage Stellung genommen und verlangt wird, daß rückwirkend eine allgemeine Erhöhung des Rübenpreises durch die Zuckerrübenenerntgemeinden gefordert, die aus den Rüben umjomehr Vorteile ziehen, als der Zuckergehalt der Rüben diesmal außerordentlich hoch ist.

SB Stuttgart, 24. Okt. Der Abg. Hartmann (DB) hat folgende kleine Anfrage gestellt: Es kommt neuerdings mehr und mehr vor, daß Schwertriebsgeschädigte, insbesondere Beinamputierte, zur Ausübung eines Berufs einen Kraftwagen halten und daher kraftfahrzeugsteuerpflichtig werden. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß für solche Kriegsbeschädigte ein Wegfall oder doch eine wesentliche Ermäßigung der heute sehr erheblichen Kraftfahrzeugsteuer eintritt?

SB Stuttgart, 24. Okt. Die Gemeindeverbände des Amts-oberamts Stuttgart waren dieser Tage zusammengelassen, um zu der Frage der Schaffung von Omnibuslinien zwischen Stuttgart und den größeren Städten und den Gemeinden der Umgebung Stellung zu nehmen. Alle Vertreter, ausgenommen Feuerbach, waren mit der Gründung einer Omnibusgesellschaft, die diese Linien betreiben soll, einverstanden. Das Kapital der neuen Gesellschaft soll 600000 M. betragen; Stuttgart übernimmt davon 300000 M. In Aussicht genommen sind Linien nach Eßlingen und Ludwigsburg. Die nötigen Omnibusse sollen bereits in den nächsten Tagen bestellt werden.

SB Cannstatt, 24. Okt. Beim Rangieren von Eisenbahnwagen geriet in der Zuckerrübenfabrik Münster ein 28 Jahre alter Schlosser zwischen zwei Eisenbahnwagen. Er wurde so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Erhebungen zur Feststellung der Schuldfrage sind eingeleitet.

SB Tübingen, 23. Okt. Der wegen Raubmordes durch Plakatanschläge gesuchte 38 Jahre alte ledige Maler und Künstler Johann Imhof konnte gestern nachmittag hier ermittelt und durch hiesige Kriminalbeamte festgenommen werden. Imhof hatte am 10. d. M. in Gams den 36 Jahre alten alleinstehenden Landwirt Benedikt Kramer in seiner Wohnung auf bestialische Weise mittels eines zugespihten Prügels ermordet und beraubt. Der Raubmörder ist schon 35 mal wegen verschiedener Delikte vorbestraft. Nach seiner Festnahme gab er die furchtbare Tat sofort zu. Für die Ergreifung des Täters war von den Schweizerischen Behörden eine Belohnung von 500 Franken ausgesetzt.

SB Heilbronn, 24. Okt. Die Stadionfrage war Beratungsgegenstand der Ortsgruppe des Reichsausschusses für Leibesübungen. Die Vertreter der Vereine lehnten hierbei die Waldheide als Stadionplatz ab und sprachen sich für die Böckinger Wiesen aus.

SB Ellwangen, 24. Okt. Der Gemeinderat beschloß, für 1926 zur Deckung des Abmangels im Gemeindehaushalt eine Gemeindeumlage von 17 Prozent zu erheben.

SB Niedlingen, 24. Okt. Donnerstag früh brannte in Herlshof, Gde. Dieterskirch, die der Thurn und Taxischen Ständeherrschaft gehörige große 50 Meter lange Scheuer bis auf den Grund nieder. Große Ernte- und Futtermittel wurden ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden. Ueber die Brandursache ist nichts bekannt, doch ist das Feuer aller Wahrscheinlichkeit nach durch Selbstentzündung des Dehmdes entstanden.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

100 holl. Gulden	168,33
100 franz. Franken	12,70
100 schweiz. Franken	81,20

Börsenbericht.

An der Börse wurden zu Wochenabschluss Realisationen vorgenommen, die das Kursniveau beeinflussten.

Stuttgarter Großmärkte.

Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 1000 Ztr., Preis 6.20-6.50 M für 1 Ztr. — Silberkrautmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 100 Ztr. Preis 4 M für 1 Ztr. — Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz: Zufuhr 8000 Ztr., Preis 7 bis 8 M für 1 Zentner.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt.

Der Obstgroßmarkt leidet sehr unter der Witterung; die starke Zufuhr fand nur zum Teil Abnahme. Alle Umstände wirken mit, die Konjunktur herunterzudrücken; überreiche Zufuhr ausländischer Weintrauben, schlechte Geldverhältnisse der Produzenten, daher überhäuftes Angebot später Winterfrüchte und nicht zuletzt

Geldknappheit des Publikums infolge Eindeckung mit Brennmaterialien und Kartoffeln. Mißglückte Verjuche, unsortiertes Obst jeder Qualität in Kistenpackung, ohne Praxis in der Verpackung anzubieten, enden mit einem Fehlschlag. Der Musterobstmarkt des Württ. Obstbauvereins bietet hochfeine Qualitäten Winteräpfel in tadelloser Aufmachung an. Auf dem Mostobstmarkt ist das Geschäft flau, der Umsatz erreicht nur einen Bruchteil des Erhofften. Der Gemüsemarkt gleicht sich allmählich in Angebot und Nachfrage aus, der Absatz geht immer noch stoßend vor sich.

Obstpreise: Tafeläpfel 20-25, Schüttel-, Fall- und Mostäpfel 7-8, Spalterbirnen 20-25, Tafelbirnen 10-20, Quitten 20-30, Wallnüsse 50-60, Kartoffeln 6-6.50, Kopfsalat 3 bis 12, Endivienalat 3-10, Wirsing 6-7, Silberkraut 3-4, Weißkraut rund 3-4, Kollkraut 5-6, Blumenkohl 1 St. 10-40, rote Rüben 6-8, gelbe Rüben 6-7, Karotten runde 5-12, Zwiebeln 5-7, Rettiche 3-8, Tomaten 15-20, Spinat 10-12, Mangold 8-10, Kohlraben 3-6.

Calwer Marktbericht vom 23. Oktober.

Wirsing 12, Weißkraut 12, Blaukraut 12 1/2, Landkraut 4.50 M pro Zentner, gelbe Rüben 8-12 1/2, rote Rüben 12, Spinat 30, Tomaten 20, Kopfsalat 5-10, Endivien 15, Rosenkohl 20-30, Zwiebeln 12 1/2, Süßbutter 2 M, Holländer 2.30 M, Landbutter 1.80 M, frische Eier 18 1/2, ausländische 15-16, Äpfel 12-15, Birnen 15 Pfennig.

Biehpreise.

Nürtingen: Farren 600-700, Ochsen und Stiere 350-850, Kühe 355-620, Kalbinnen und Kinder 270-875, Fäbber 158 bis 255 M. — Sulz a. N.: einhalbjährige Kinder 200-250, einjährige 300-350, trächtige Kalbinnen 400-600, Wurfschläge 200 bis 300, Milchlähe 400-550, Ochsen 700-800, Stiere 450 bis 550 M. — Burgach: Ochsen 600-650, Kühe 300-450, Kalbinnen 400-600, Jungkinder 200-350 M. das Stück.

Schweinepreise.

Blaufelden: Milchschweine 19-34 M. — Bönnigheim: Milchschweine 22-30, Läufer 70-90 M. — Gaildorf: Milchschweine 24-28 M. — Schömburg: Milchschweine 14-22 M. — Spaichingen: Milchschweine 15-19 M. — Mergentheim: Milchschweine 20-40 M. — Nürtingen: Milchschweine 19-36, Läufer 49-72 M. — Sulz a. N.: Milchschweine 15-29, Läufer 80 bis 85 M. — Winnenden: Milchschweine 22-36, Läufer 55 bis 80 M.

Fruchtpreise.

Großheim: Weizen 10, Roggen 13.50-14, Hafer 8.50, Gerste 12.50 M. — Winnenden: Weizen 14.20, Saatgut 16 bis 16.50, Haber 8.70-9.20, Dinkel Saatgut 14-15 M. der Zentner.



Unsere liebe treubesorgte Mutter ist am 22. ds. Mts. gestorben und wurde in aller Stille beerdigt.

Herzlichen Dank für die liebe Teilnahme sagen

die Kinder:

Rudolf Hauser,
Sofie Hilligardt, geb. Hauser
mit Gatten Karl Hilligardt.
Calw, den 25. Oktober 1926.

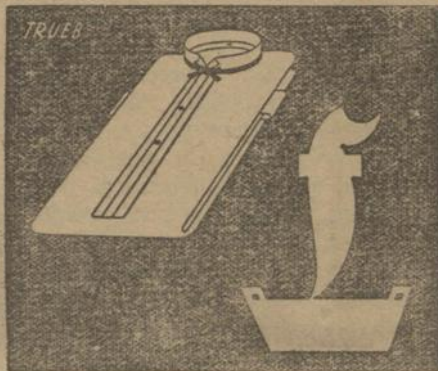
Bett-Barchente

in vielen Farben und erprobten Qualitäten

Bett-Federn

in großer Auswahl

Einzelne Bettstücke und ganze Betten können in kurzer Zeit fertiggestellt werden
Damast - Bettzeug - Bettziz - Leintuchstoffe
Rissenbezugsstoffe in überaus großer Auswahl
Paul Röchle, Calw am Markt



Wie neu bleibt Ihre Wäsche mit feurio!

feurio-Haushaltseife, feurio-flocken

Rordeltetten

in Gold, hohl und massiv werden an tüchtige

Rordeltettenmacherinnen

zum Einhängen und Löten ständig bei höchster Bezahlung abgegeben.

Bauerle & Schwarz, Kettenfabrik
Pforzheim, Ferrenmeßstr. 64

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!

Für Regentage

Gummimäntel für Herren in großer Auswahl

Mk. 16.-, 18.-, 20.-, 22.-, 30.-, 36.-, 40.-, 45.-, 47.-, 50.-, 60.-

Lodenmäntel für Herren Mk. 20.-, 24.-, 30.-, 38.-, 40.-, 42.-, 55.-

Belerinen für Herren Mk. 14.-, 16.-, 20.-, 25.-, 30.-

Belerinen für Mädchen und Knaben in verschiedenen Qualitäten und vielen Größen

Windjacken für Herren nur erprobte Qualitäten Mk. 10.-, 12.-, 14.-, 16.-, 20.-, 23.-

Knabenwindjacken, Damenwindjacken Paul Röchle, am Markt, Calw.

Calw, den 23. Oktober 1926.

Statt besonderer Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Gatten, unsern herzensguten, treubesorgten Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Herrn Heinrich Gaßner

Privatmann

im 76ten Lebensjahr zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefem Leid:

Marie Gaßner, geb. Wangemann
Melanie Gaßner
Else Maier-Gaßner
Fritz Maier-Gaßner
Melanie Maier-Gaßner.

Für freundlich zugedachte Kranzspenden wird im Sinne des Entschlafenen gedankt, ebenso für Kondolenzbesuche.
Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

Blindenlose

à 1 Mark, Hauptgewinn 10 000 Mark.

Klassenlose

1/2 Los 3 Mark bei Friseur Winz.

Stopf-Apparat

für Strümpfe u. Weißzeug, per Stück M. 1.—
Maschinen-Stopfgarn in allen Farben von 15 1/2 an Friedrich Herzog.

Ein zuverlässiger

Knecht

der mit Pferden umgehen kann, wird sofort gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zum Schmücken der Gräber

empfehle in geschmackvoller

Garnierung

schöne haltbare Bindereien sowie

Winteraster

in versch. Farben bei billigster Berechnung Philipp Mast.

Stig-Gurten!

Stiggurten (eingemacht) versendet 500 St. zu 8 Mk. Verpackung- und portofrei nach allen Stationen unter Nachnahme.

Adolf Neef, Stuttgart-Wangen



"Ballentwohl" Stiefel u. Halbschuhe

für Damen von Größe 36-44 und Weite 5-10 bei

J. G. Fischer, Badstraße.

Carbolineum und Dachpappe

empfehle

E. Kirchherr Zimmermeister.

Einlegen neuer l. Qual. Gummimäntel

in Weingmaschinen unter Garantie

Fr. Herzog b. „Röfle“.

Für Ihre

Weihnachts-

Reklame notwendigen

Druckarbeiten

bestellen Sie bei der

Tagblatt-Buchdruckerei

Calw, Lederstraße 151, Fernsprecher 9

Sie werden finden, daß Sie dabei vorteilhaft fahren.